

MANAGER

VW/AUDI NSU

Viel gestritten

In der Empfangshalle des Frankfurter Airport-Hotels begrüßten sich Mitte letzter Woche zwei deutsche Automobil-Manager mit stürmischer Umarmung. Paul G. Hahnemann, Verkaufschef bei BMW, klopfte seinem Kollegen Friedrich Pollmann, Finanzchef bei Audi NSU und davor von 1963 bis 1969 Vorstandsmitglied der Bayerischen Motorenwerke, auf die Schulter. Hahnemann: „Na, bei BMW war es doch seinerzeit gar nicht so übel.“

Hahnemanns ironische Bemerkung zielte auf die jüngste Personal-Bewegung im NSU-Management: Wenige Minuten zuvor hatte im palisandergetäfelten Konferenz-Zimmer Nummer zwei des Airport-Hotels Friedrich Pollmann dem Aufsichtsrat der Neckarsulmer Audi NSU Auto Union AG seine Demission als Vorstandsmitglied überreicht. Mit Pollmann scheiden aus dem Vorstand:

- ▷ der langjährige Generaldirektor des Unternehmens, Gerd Stieler von Heydekampf, 66, der am 31. März vor Ablauf seines Vertrages „aus gesundheitlichen Gründen“ (interne Begründung) in den Ruhestand tritt;
- ▷ Vertriebschef Hans Zimmermann, 45, der am 1. April als Generalbevollmächtigter zum Kölner Maschinenbau-Konzern Klöckner-Humboldt-Deutz überwechselt, und
- ▷ Philipp Wesp, 59, Chef der Einkaufsabteilung, der Ende Juni ebenfalls in den Ruhestand tritt.

Der Massenauszug von Führungskräften aus dem Audi-NSU-Vorstand überraschte letzte Woche die Manager in der gesamten deutschen Automobilindustrie. Denn Friedrich Pollmann, vor kurzem noch von Insidern als potentieller Anwärter für den Sessel des Generaldirektors angesehen, verläßt schon zum 30. Juni das Unternehmen, ohne bislang einen neuen Vertrag in der Tasche zu haben. Grund: eine seit langem schwelende Kontroverse zwischen dem Audi-NSU-Vorstand und VW-Chef Kurt Lotz, Aufsichtsratsvorsitzender bei Audi NSU, dessen Wolfsburger Käferfabrik mit über 75 Prozent Mehrheitsaktionär der schwäbisch-bayrischen Autounion ist.

Der Streit des VW-Generals mit dem Neckarsulmer Vorstand entzündete sich bereits im Frühjahr 1969, als VW seine Tochtergesellschaft Audi mit NSU fusionierte. Seither kreiden die schwäbischen Manager dem VW-Chef Lotz vor allem seinen autoritären Führungsstil an.

So mußte der Neckarsulmer Konzern bei der Fusion mit Audi ohne Kenntnis seiner Aktionäre und seines Aufsichtsrats einen sogenannten Know-how-Vertrag übernehmen, der mittlerweile zu einer noch nicht abgeschlossenen Sonderprüfung führte.



Neuer Audi-NSU-Chef Leiding
Wolfsburg herrscht

Nach diesem Vertrag soll das fusionierte Unternehmen Audi NSU als Entgelt für die Nutzung des bei VW erarbeiteten technischen Konzepts Millionenbeträge an die Wolfsburger Konzernkasse abliefern.

Just dieser Streit um den Know-how-Vertrag hatte auch zu ersten Spannungen zwischen Pollmann und dem Konzern-Chef Lotz geführt. Als aber der VW-Chef in den vergangenen Wochen sachverständige Buchprüfer in die Audi-NSU-Verwaltung schickte, fiel Pollmanns Entscheidung für seinen Abschied. Die Prüfer nämlich sollen die Grundlagen für einen vom Großaktionär diktierten Beherrschungsvertrag schaffen, der die rechtlich selbständige Aktiengesellschaft Audi NSU zu einem Wolfsburger Zweigbetrieb degradieren würde.

Denn laut Aktiengesetz kann ein Mehrheitsaktionär wie VW im Falle Audi NSU durch Abfindung der Kleinaktionäre die Alleinherrschaft an sich bringen, wenn er mehr als 75 Prozent des Grundkapitals einer anderen Gesellschaft besitzt.

Schon vor Monaten wußte Finanzchef Pollmann, daß er dank der Differenzen mit Lotz keine Chance mehr hatte, von Wolfsburg als Nachfolger des langjährigen Vorstandschefs Heydekampf berufen zu werden. Statt

dessen bot VW-Boß Lotz dem ehemaligen NSU-Kronprinzen unlängst die Geschäftsführung seiner südamerikanischen Tochter Volkswagen do Brasil an. Pollmann lehnte ab.

Den neuen Heydekampf-Nachfolger stellte Lotz dem Aufsichtsrat von Audi NSU in der letzten Woche im Frankfurter Airport-Hotel vor: Rudolf Leiding, 56, derzeit Chef der brasilianischen Käferfabrik. Leiding, der erst 1968 von VW nach Brasilien beordert wurde, trat bereits 1945 „in die Dienste des Volkswagenwerkes“ (so die offizielle Mitteilung), wo er sich bis 1958 zum Leiter des damals neuerrichteten VW-Werkes in Kassel hochdiente. 1965 schließlich erklomm Leiding den Stuhl des verantwortlichen Geschäftsführers der Auto Union GmbH in Ingolstadt.

Aber auch Leiding muß schon heute mit Schwierigkeiten rechnen. Denn noch in diesem Frühjahr will Lotz seiner süddeutschen Tochtergesellschaft den Beherrschungsvertrag diktieren und den Restaktionären ein Abfindungsangebot unterbreiten. Der Münchner Rechtsanwalt und Aktionärsvertreter Lois Erdl erwartet, daß diese Offerte für die alten NSU-Teilhaber ungünstig ausfallen wird und erklärte: „Dann werde ich klagen.“

HOCHSCHULEN

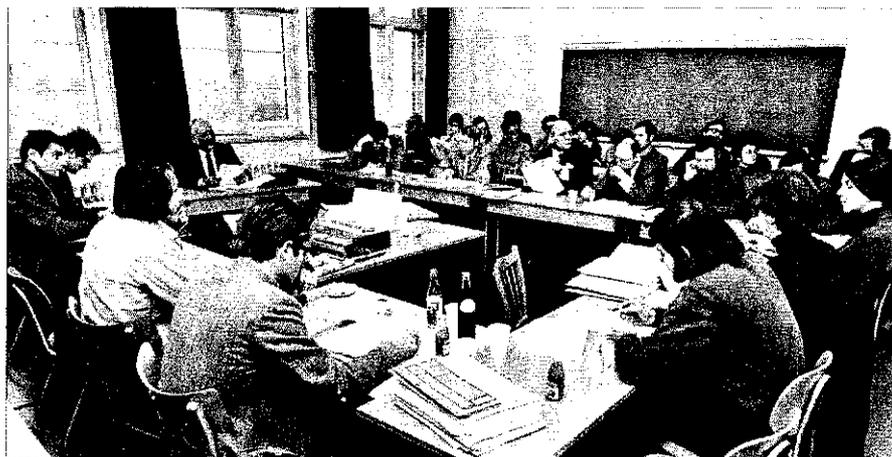
BREMEN

Viel gerudert

Ein Professor aus Bayern meldete spezielle Wünsche an: Er werde nur nach Bremen kommen, so schrieb er in seiner Bewerbung um einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft, wenn die Universität ihm auch zu einem Häuschen am Stadtrand ver helfe. Begründung: Er habe schließlich einen Hund, der ausgeführt werden müsse.

Den Bayern mochten die Bremer nicht. Sie bedankten sich für sein Interesse, baten ihn aber erst gar nicht zu einer persönlichen Vorstellung.

Der Soziologe György Széll aus West-Berlin legte spezielle Pläne vor. Er



Bremer Professoren-Hearing: Suche nach einem neuen Typ

wolle, so verriet der Kandidat, mit Pädagogik-Studenten nach dem Muster des West-Berliner Schüler-Ladens „Rote Freiheit“ so etwas wie „Stadtteil- und Betriebsarbeit“ leisten. Mathematik-Kenntnisse sollten die angehenden Lehrer hingegen „mal eben in Intensivkursen erwerben“, denn: „Mathematik isoliert zu vermitteln“ sei „völlig idiotisch“.

Der Tierfreund aus Bayern und der volksnahe Assistent markieren die Extreme unter den Interessenten für 42 Hochschullehrerstellen, die an Bremens neuer Universität zu besetzen sind. Doch an der Weser ist weder „platter Hau-ruck-Marxismus“ (so Jura-Assistent Detlev Albers, ehemals Mitbegründer der Bremer Uni) noch jener „Professoren-Typ gefragt, der mit einem Schwall von Assistenten und so'n Zinnober herkommen möchte“ (so Gründungsrektor Thomas von der Vring).

Daß Westdeutschlands jüngste Hochschule nach einem neuen Typ sucht, wurde letzte Woche offenbar, als sich in den Seminarräumen der Pädagogischen Hochschule rund 120 Bewerber den aus je zwei Professoren, Assistenten und Studenten bestehenden Berufungskommissionen stellten — „in einem barbarischen Verfahren“, wie der Tübinger Pädagogik-Professor und Kommissionsvorsitzende Hans Thiersch befand. Es war ein Testfall für die künftige Position dieser Universität, die — mal Wunsch-, mal Alptraum — schon vorweg als „Brutstätte der Revolution“ galt und nun, nach über zehn Jahren bürokratischen und ideologischen Gerangels, das Personal für den Lehrbetrieb sucht, der im Herbst beginnt.

Um den Zeitplan einzuhalten, blieb den sechs Kommissionen keine andere Wahl, als das öffentliche Verhör jeweils nach einer Stunde oder schon früher rigoros abzubrechen. „Jetzt wird's ja gerade erst interessant“, räumte Kommissionschef Thiersch dem Münchner Privatgelehrten Dr. Ulrich Sonnemann ein, der sich um eine Professur für Psychologie bewirbt, „aber die Zeit ist um.“ Immerhin reichte in den meisten Fällen die Zeit aus, um die „ganz Flauen auszuondern“ (von der Vring).

Zeit kosteten zum Beispiel Kandidaten wie der Jurist Dr. Ulrich Eckhardt von der Bonner Stadtverwaltung, der eine Professur für Bildungsrecht im Rahmen der Lehrerbildung anstrebt. Er möchte an der Weser „Politik machen und Strategien entwickeln“ und bietet als Beispiel dafür an: Vermittlung juristischer Kenntnisse, damit die Lehrer später „besser mit der Schulverwaltung umgehen können“.

Ungewöhnlich verlief auch die Vorstellung des Zürcher Architekten Jörn Janssen, der im kleinsten Bundesland Sozialwissenschaftler werden möchte. „Ich lernte ein Mädchen kennen“, plauderte Janssen mit der Berufungskommission, „mit dem ich viel über den Chiemsee gerudert bin, und die hat viel von Architektur erzählt, und dann habe ich Architektur studiert.“ Als Janssen nach dem Studium seine Kenntnisse in die Praxis umsetzen

wollte, ist er nach eigenem Bekunden „radikal gescheitert“.

Sinnvoller erschien den Bremer Kommissaren der Disput mit solchen Bewerbern, die neben der fachlichen Qualifikation die „Fähigkeit zur interdisziplinären Kooperation“ mitbringen und dabei „die gesellschaftlichen Implikationen von Forschung und Lehre beachten“ (von der Vring).

Kooperieren und gesellschaftskritisches Reflektieren aber fällt, wie das Fünftage-Hearing erwies, jungen Assistenten offensichtlich leichter als älteren Ordinarien, die es zumeist versäumt haben, die Grenzen ihrer Spezialdisziplin zu überschreiten.

„Ich mußte schon seit Jahren“, versichert der Hamburger Dozent für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hans-Jürgen Teuteberg, „über die Zäune meines Faches hinwegsehen.“ Den-

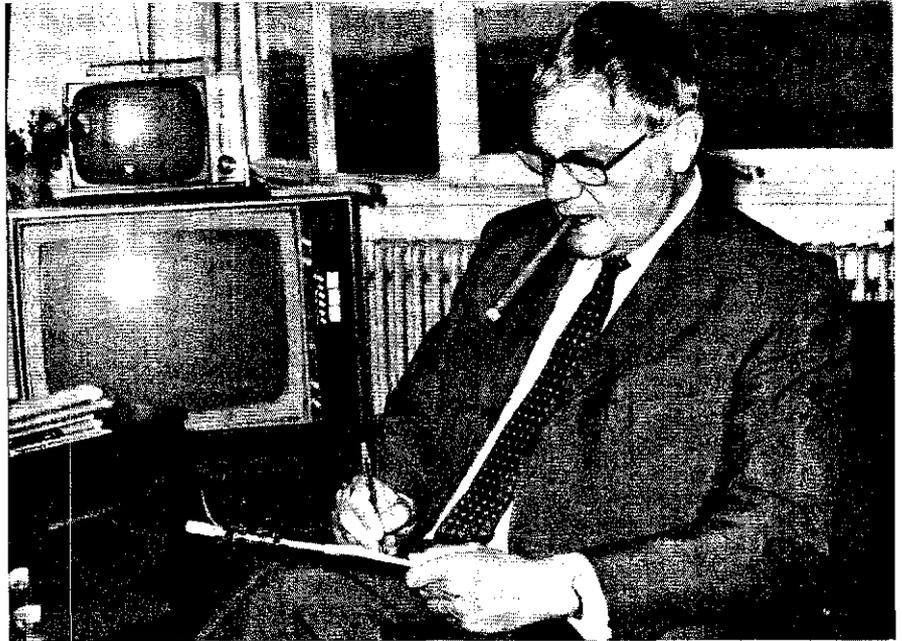
Besetzung zu einem Pluralismus kommen.“ Wenn es anders kommt, will Bürgermeister Hans Koschnick zur Stelle sein. Vorsorglich ließ er vor dem Hearing wissen: „Oktroyieren kann man mir keinen Hochschullehrer.“

FERNSEHEN

ZDF

Hundertprozentig korrekt

Im Gasthaus „Bobbeschänkelche“ in Wiesbadens Röderstraße 39, jeden Mittwoch Treffpunkt zechender TV-Leute vom Zweiten Deutschen Fernsehen, blieben Mitte letzter Woche Stammgäste aus. Von den Redakteuren der Mainzer Aktualitäten-Sendung „ZDF-Magazin“, die sich sonst nach getaner Bildschirmarbeit



ZDF-Moderator Löwenthal: „Jemand von der NPD im Raum?“

noch ist fraglich, ob Teuteberg einen Ruf erhält, und er meint auch zu wissen, woran es bei ihm hapert: „Ich bin ja kein Marxist, und darum sind meine Chancen gleich Null.“

In der Tat gehörte Teuteberg zu den wenigen Kandidaten, die nicht mit Linksbekanntnissen auftraten. Gründungsrektor von der Vring, der sich immer noch müht, das von der bürgerlichen Presse geprägte Klischee von der „roten Bremer Kaderschule“ zu beseitigen, räumt ein: „Ein Drittel der Bewerber geht von der materialistischen Erkenntnistheorie aus.“

Doch ob dieses Drittel nun in Bremen auf die Lehrstühle rückt, steht dahin. Denn die Berufungskommissionen können nur Kandidaten vorschlagen — die Entscheidung hingegen liegt beim Gründungssenat der Universität und dem politischen Senat der Hansestadt.

„Wir werden darauf achten“, verspricht Thomas von der Vring schon jetzt, „daß wir bei der endgültigen

nebst Anhang zu gelockterter „Magazin“-Kritik versammeln, hatten die meisten auf den Umtrunk verzichtet.

Denn diesmal war das Programm-Palaver schon vorher in einen erbitterten politischen Zwist umgeschlagen: In der Abteilung des „Magazin“-Moderators Gerhard Löwenthal, 48, hatten sich die schon lange währenden Reibereien zwischen Rechtsgestimmten und Gemäßigten in einem offenen Konflikt entladen.

Das „Magazin“-Klima war zusehends getrübt, seit Löwenthal seinen Widerwillen gegen die Bonner Koalition mit immer größerem Vokabular vortrug. Und immer weniger Redakteure mochten den polemischen Parolen des Chefs gegen Linke und Liberale folgen.

Der Verdruß einte Kollegen unterschiedlicher Position: Mitglieder und Anhänger der CDU, Genossen und Sympathisanten der SPD. Schließlich genügte ein nichtiger Anlaß, dieses Gros der „Magazin“-Männer gegen die